**Sicherheit  -** Stronach/Schenk: Österreicher fühlen sich von Politik im Stich gelassen

Laut aktueller Studie fordert Mehrheit eine Vereinfachung des Waffengesetzes

„Sicherheit ist eines der wichtigsten Grundbedürfnisse des Menschen. Doch aufgrund der jüngsten Entwicklungen kann die österreichische Sicherheitspolitik nur als verfehlt bezeichnet werden: trotz Asylchaos, unkontrollierter Einwanderung und verstärkter Aktivität von Einbruchsbanden - wie sich auch anhand der steigenden Kfz-Diebstähle zeigt - hat das Innenministerium zahlreiche Polizeiposten vor allem im ländlichen Gebieten schließen lassen. Die Folge daraus ist, dass ganze 67 Prozent der Österreicher ihr Sicherheitsbedürfnis seitens der Politik nicht ausreichend befriedigt sehen“, stellte die Team Stronach Sicherheitssprecherin Martina Schenk bei der Vorstellung einer vom Team Stronach in Auftrag gegebenen Studie des Humaninstituts fest. Diese habe auch gezeigt, dass die große Mehrheit der Österreicher Waffenbesitz zum Selbstschutz als Stärkung der eigenen Sicherheit sehen und sich deshalb eine offene Diskussion über das Thema in Politik und Medien wünschen.

„Mehr als die Hälfte der Österreicher fühlen sich wenig bis gar nicht sicher“, berichtete Mag. Daniel Witzeling, Psychologe am Humaninstitut. Nur 14 Prozent empfinden ihre Lage als sehr sicher, so das Ergebnis der repräsentativen Studie, in der 800 Österreicher befragt wurden. Als Gründe für das mangelnde Sicherheitsgefühl nannten die Befragten zu 90 Prozent die Schließung der Polizeiinspektionen, zu 88 Prozent terroristische Bedrohungsszenarien, zu 74 Prozent internationale Krisenherde, zu 62 Prozent die Sparmaßnahmen beim Bundesheer. 83 Prozent sind durch illegalen Waffenbesitz beunruhigt, so Witzeling. Interessant sei: „Mehr als die Hälfte der Österreicher ist der Meinung, dass legaler Waffenbesitz die Sicherheit erhöhen kann“, so der Psychologe. Eine Gefahr werde von 53 Prozent der Befragten vor allem in illegalem Waffenbesitz gesehen.

Dr. Georg Zakrajsek, Generalsekretär der IWÖ (Interessengemeinschaft liberales Waffenrecht in Österreich) kritisierte in diesem Zusammenhang die jüngste Verschärfung der österreichischen Waffengesetzgebung; „Hier ist man auf dem falschen Dampfer“, gab Zakrajsek zu bedenken: Der legale  Waffenbesitz sei in Österreich ausreichend geregelt bzw. bereits kompliziert genug. Hingegen „werden Terrorzellen ihre Waffen ohnehin niemals registrieren, wie die aktuellen Razzien wieder bewiesen haben: also ein Schuss in Leere“, so der IWÖ-Generalsekretär. Denn nur 25 Prozent der Befragten wünschen sich eine Verschärfung der derzeitigen Waffengesetzgebung; 43 Prozent wollen jedoch eine Lockerung und 32 Prozent eine Vereinfachung.

Zakrajsek sprach sich auch gegen die Kriminalisierung von legalem Waffenbesitz aus, welche durch die „negative Medienberichterstattung“ noch verstärkt werde. Laut Studie wünschen sich 96 Prozent der Bürger „eine seriöse öffentliche Diskussion“ zum Thema Waffen. „Die Medien bringen nur die Negativmeldungen von tragischen Unfällen, sie berichten einseitig. Das ist nicht sinnvoll“, so Zakrajsek. Denn mehr als die Hälfte der Österreicher sei der Ansicht, dass unser Land, was den sicheren Umgang mit Waffen betrifft, auch im internationalen Vergleich gut abschneide. Für 96 Prozent sind Waffen zum Selbstschutz da, 89 Prozent sehen sie als Gebrauchswerkzeug (zum Beispiel im Jagdwesen).

„Die Politik ist jetzt am Zug; wir werden in Gesprächen mit dem Innenministerium und der Regierung Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheitslage einfordern“, kündigte Schenk an und verwies auf eine entsprechende Petition des Team Stronach. Diese zähle bereits an die 5000 Unterstützer und könne auf der Webseite des Parlaments abgerufen werden.